

Haben sie etwas verändert?

Der Vorhang fiel und alle Fragen offen

Der einleitende Vortrag auf der Veranstaltung „Was wir wollten, was draus wurde“ stellte „politischen Umbrüche als Folgen der 68er“ fest, anschließend debattierte eine als „hochkarätig“ (M.B.-S.) gekennzeichnete Diskussionsrunde mit F. Hildebrandt (F.H.), C. Sager (C.S.), M. Bülow-Schramm (M.B.-S.), K. Nevermann (K.N.) und M. Daxner (M.D.) die oben genannte Frage. Eine illustre Runde, von der die meisten auf eine Karriere in Ämtern in Politik, Verwaltung und Wissenschaft zurückblicken. Im Tagungsbericht in der letzten hlz war u. a. auch darüber etwas zu erfahren. „Streiten“, so das Einladungsflugblatt der Gruppe „Ruheständler_innen“ sei „ausdrücklich erwünscht.“ Hier das Ergebnis.

„Die 68iger sind umstritten“, so der Einstieg. Man/frau hört vom „Aufbruch aus verkrusteten Strukturen.“ Auch die „Aufarbeitung der NS-Zeit“ wäre ohne 68 nicht möglich gewesen. Studentische Kritik richtete sich gegen den „Muff von tausend Jahren“ in der bürgerlichen Wissenschaft, um Gesellschaft und ihre politischen Formen zu erklären. Die Frage, ob eine Gesellschaft vernünftig ist, deren Wirtschaftskrise 66/67 nach der längeren Wachstumsphase des „Wirtschaftswunders“ die Vorboten für spätere Krisen waren, in denen periodisch Massenentlassungen erfolgten, die bis heute Bestand haben, wurde negativ beschieden. Die „Rationalität“ einer Produktionsweise, deren Zweck die Geldvermehrung ist, bringt dieses Phänomen

regelmäßig hervor. „Ich glaube nicht, dass jemals jemand so viel über Geld geschrieben hat, der so wenig davon besitzt.“ Marx Aussage, der darüber geforscht hat, skizziert das Dilemma. Seine Einsicht in das Verhältnis von „der ökonomischer Struktur der Gesellschaft, [die] die reale Grundlage bildet, aus der der gesamte Überbau der rechtlichen und politischen Einrichtungen sowie der religiösen, philosophischen und sonstigen Vorstellungsweise“ (MEW 20, 25) hervorgeht, übernahmen die kritischen Student_innen.

Die 68er haben „jungen Menschen“ hervorgebracht, die eine „persönliche Entwicklung“ durchmachten, vom „Autoritätsgläubigen“ hin zum „selbstbewussten politischen“ (M.B.-S.) Menschen. Sie „konzentrierten sich an den Universitäten“, es gelang ihnen, „Gegenstrukturen“ aufzubauen, sie konnten die „Arbeiderschaft“ jedoch nicht „mobilisieren“ (K.N.), wie das in Paris kurzzeitig der Fall war. Obwohl viele Student_innen, Lehrlinge und auch einige Arbeiter_innen der herrschenden Politik und der von ihr abgesicherten Wirtschaftsweise nicht mehr über den Weg trauten. Sie nahmen sich die Klassiker (Marx, Engels, Mao etc.) zum Studium vor – ihr „Theoriehunger“ (M. D.) schien unbändig – und zogen in den Unis und PHs in die Seminare, um die „bürgerliche Wissenschaft“ zu kritisieren. Sie versuchten Arbeiter_innen in den Betrieben zu agitieren, damit sie ihre Interessen wahrnehmen. Dass es dem radikalen Teil der

Student_innen mit ihrer Kapitalismuskritik nicht gelungen ist, die Arbeiterklasse zu gewinnen, wird mit Häme bedacht. Demnach war der Versuch der Erzeugung eines „revolutionären Bewusstseins“ (K.N.) ein einziger „Missgriff“. Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass K.N. mit den Wortführern „Dutschke und Krahl“, die die „Weltrevolution“ propagierten, „nichts zu tun haben wollte“.

Wie die Geschichte gezeigt hat, galt es, den studentischen Protest ähnlich zu bewältigen wie die Nazi-Zeit und den von Gorbatschow beendeten ‚Realen Sozialismus‘ der DDR und der SU. Debatten entzündeten sich auch am „Aufstand in Ungarn“ und dem „Prager Frühlings“ (M.D.), der dem „Sozialismus ein menschliches Antlitz“ (K.N.) verpassen wollte. Der Einmarsch von sowjetischem Militär beendet diese Reformbemühungen. Dass die BRD als Frontstaat gegen den „Realen Sozialismus“ von den USA in Stellung gebracht wurde, fand keine Berücksichtigung.

So wurde Etliches unter das „Gewaltthema“ (K.N.) subsumiert, egal ob Proteste auf die Straße getragen wurden gegen den mörderischen Vietnamkrieg der USA, gegen Polizeigewalt oder übler Springerhetze. Gewalttätig und somit zu verurteilen war linke Kritik. Flugblätter und Steine gegen Institutionen der Nation und „Eier gegen das Amerikahaus“, der wir doch die „Freiheit Berlins zu verdanken“ (K. N.) haben, diskreditierten die Demokratie. Bezeichnend

68er_innen – Was wir wollten – was draus wurde

dazu eine Aussage des Springer – Journalisten Walden, der die Linie von gestörten Vorlesungen der bürgerlichen Wissenschaft, geworfenen Tomaten und Gewalt gegen Sachen hin zum Terrorismus der RAF zog. Der Terror der „*kleine Gruppe der RAF*“, die nach dem Vorbild südamerikanischer Stadtguerillas agieren wollte und eher den „*Boden für Mord und Totschlag*“ (M.B.-S.) gelegt hatte, wurde entpolitisiert und zur Gewalt um der Gewalt willen herunter gebrochen.

Die 68er hätten die „*Stärkung der Demokratie*“ (M.D.) erbracht, wofür der Ausbau von „*Kitas und Schulen*“ stehen soll. Die Frage „*Wie wollen wir leben?*“, die die Herrschenden ihrem Volk nicht vorgelegt haben, aber der Intellektuelle aufwirft, soll mit neu entstandenen „*lebendigen Lebensformen*“ hinreichend beantwortet sein. Ob der demokratische Staat durch die 68er geläutert wurde, dafür sollen die Liberalisierung des § 175 und der 'Verkuppelungsparagraph' (C.S.) stehen, beides wurde erst Ende des 20. Jahrhunderts nicht mehr unter Strafe gestellt. Mitzudenken wäre dabei allerdings das neu bestimmte Verhältnis der Geschlechter, Fortschritte im Schulwesen und der Lockerung von überkommenen gesellschaftlichen Umgangsformen. Diese Entwicklungen werden den 68ern und der sich neu gebildeten „*Zivilgesellschaft*“ zugeschrieben; weniger, dass der notwendige Einbezug der Frauen in die kapitalistische Erwerbsarbeit solche Änderungen hervorrief, und sich eine neue Sexualmoral im Privaten etablierte, die der Staat im Nachhinein anerkannte, indem er das Zusammenleben ohne Trauschein und auch andere Lebensformen der rechtlich geförderten Familie

gleichstellte.

M.Ds. wortgewaltiger Buchtitel vom „*Hineingehen [in die akademischen Gremien] zwecks Zersetzung*“ ist erfolglos geblieben, er behauptet, dass „*die radikale Verweigerung linker Gruppen gegenüber dem bestehenden System*“ ein Grund für „*die Reintegration der Masse von Student_innen ins System*“ war. Die studentische Jugend, die einmal angetreten war, den 'alten Zöpfen' und dem 'Mief' des viel kritisierten „*Establishments*“ den Kampf anzusagen, hatte sich aufgrund ihres neuen „*Selbstbewusstseins*“ nach ihrem außerparlamentarischen Intermezzo entschlossen, den „*langen Marsch durch die Institutionen*“ anzutreten. Einige sind in die Politik gegangen, haben sich der verlangten Politikfähigkeit dienstbar gemacht und die Anstiftung zur „*Emanzipation*“ der arbeitenden Bevölkerung gestrichen.

Sozialisation durch die „*Kleinfamilie*“ (M.B.) galt als überkommenes Relikt aus der frühen Nachkriegszeit, auch die „*autoritäre Persönlichkeit*“ in Politik und Betrieben sei dem Gerücht nach fortan nicht mehr gesehen worden. Der „*Kampf gegen Fahrpreiserhöhungen*“ (C. S.), der gar nicht so sehr dem schmalen Geldbeutel der Jugendlichen abhelfen wollte, vielmehr in der „*aktiven*“ Einmischung von Menschen bestand – Insigne einer „*starke Zivilgesellschaft*“ –, die das freie Handeln der Politik nicht beschneiden konnte, zu besichtigen an den Erfolgen der Agenda 2010, der millionenfach Niedriglöhner_innen bis 'working poor' geschaffen hat, einem „*Kampf gegen Terror*“, der so manche Bürgerrechte kassiert hat u.v.m. Dem weltweit massiv aufkom-

menden Rechts(extremismus)-populismus soll durch den „*Zusammenhalt, [die Zivilgesellschaft zu]verteidigen*“ (C.S.) abgeholfen werden. Leisten soll dies die parlamentarische Demokratie als Nachfolgerepublik des III. Reiches – nicht zu übersehen ihre identische Wirtschaftsweise –, die so viele Parteigänger des Faschismus wieder eingegliedert hat und deren Ideologie aktuell einen so gewaltigen Anklang bei einer großen Anzahl von Bürger_innen findet. Die Versuche der 68er Student_innen, mittels APO öffentlich vorgetragene Kritik zu verallgemeinern, waren nicht von Erfolg gekrönt. Diese Herrschaft, die ja vom „*Volk*“ ausgeht und einen hohen Wert darstellt, wollten die 68er und nachfolgend die „*K-Gruppen*“ überwinden. Nur das Volk hat sich durch strammen Gehorsam der bestehenden Ordnung gegenüber ausgezeichnet.

Ein revolutionärer Umbruch hat nicht stattgefunden. Eine andere, nämlich die „*sexuelle Revolution [zwecks] sexueller Befreiung*“, der Partnerwechsel „*von einem Bett ins andere*“ (M.D.) zu springen, brachte zwar keine Befreiung von den Zwängen der bestehenden Gesellschaft, zumindest aber persönliche Befriedigung! Leider ist später „*Aids*“ dazwischenge-

Hinweis zu den eindrucksvollen Schwarz-weiß-Aufnahmen in der letzten Ausgabe der hlz zu diesem Thema:

Die Fotos stammen von Michael Meyborg, der zu dieser Zeit regelmäßig für die GEW-Hamburg fotografiert hat. Wir entschuldigen uns an dieser Stelle für unsere Nachlässigkeit.

DIE REDAKTION

68er_innen – Was wir wollten – was draus wurde

treten und man landete so wieder bei der antiquierten Lebensform.

Wer dem Gedanken vom rechten „Populismus als Perversion der basisdemokratischen Bewegung der 68er“ (M.B.-S.) folgt, will von Beförderung der neuen rechten „Aufbruchstimmung“ durch Teile des demokratischen Parteiensystems partout nichts wissen.

Noch ein Resultat dieser „68er“-Diskussion: sie war auch eine „Bewusstseinsrevolution“ (K.N.), die zur hochgeschätzten „sozial – liberale Koalition“ und damit zur „Mitbestimmung“ führte, die zwar Lohnarbeit und Ausbeutung nicht abgeschafft hat, aber für Teilhabe stehen soll. Sie soll gleichermaßen stehen für die neuen „Bewegun-

gen“ von Frauen, von Esoterik, die der Religion teilweise den Rang abgelassen hat, von Anti-AKW-Gegner_innen und nicht zu vergessen von Friedensbewegten (vgl. Nevermann, Hrsg., „Die 68iger“, 18). Was Kanzler Brandt mit „mehr Demokratie wagen“ meinte, war dann, was die 68er-Nostalgie nicht sehen will, sein Einsatz für die Notstandsgesetze und sein Verständnis für den Vietnamkrieg. Nicht zu vergessen der „Radikalenerlass“ mit den Berufsverboten, auf die auch heute noch von Fall zu Fall zurückgegriffen wird.

Ob dem rechten Gedankengut, das weltweit die Parlamente überschwemmt, Einhalt geboten werden kann, ist die wichtige Frage. Auch wenn wieder Lich-

terkerten statt Wohnheime oder Asylunterkünfte brennen sollen und die Zivilgesellschaft den ‚Faschos‘ „Bunt statt Braun“ entgegenstellt, ist die Eingangsfrage zu den 68er eher mit „wenig ergiebig“ zu beantworten.

F. BERNHARDT, Ruheständler



Neu – soeben erschienen



„Täterprofile 3“ – die Biographien der wichtigsten Personen im Hamburger Bildungswesen unterm Hakenkreuz sind das Ergebnis einer jahrzehntelangen Forschungsarbeit von Hans-Peter de Lorent.

Personenbezogene Notizen und Dokumente der Verantwortlichen der NS-Politik im Hamburger Schulwesen, der Täter, werden ausgewertet. Ziel dabei ist es, zu verstehen und nachzuzeichnen, was die jeweiligen Personen in den zwölf Jahren des „Tausendjährigen Reiches“ gemacht haben, wie deren Karriere verliefen und wie sie sich nach 1945 erklärten, verteidigten, herausredeten.

Alle Biographien geben einen tiefen Einblick in die Zeit des Hamburger Bildungswesens unterm Hakenkreuz. Das Wirken dieses Personenkreises in den Schulen und in der Ausbildung, in der Schulverwaltung und im Nationalsozialistischen Lehrerbund wird dargestellt. Ebenso die Tatsache, dass Personen, die durch ihre Tätigkeit in der NS-Zeit schwer belastet waren, nach 1945 wichtige Funktionen in Hamburg übernahmen.

Gegen eine Schutzgebühr von 3,- € zu erhalten bei der Landeszentrale für politische Bildung oder (begrenzt) über die GEW Geschäftsstelle.

Achtung! Für diejenigen, die die hlz noch rechtzeitig erreicht: Am Montag, 15. April um 19 Uhr stellt Hans-Peter de Lorent im Curio-Haus, Großer Saal, den 3. Band seiner Täterprofile vor. Natürlich sind alle hlz-Leser_innen herzlich eingeladen.